

Laibacher Zeitung.

Nr. 31.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 8. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1883.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. Jänner d. J. über allerunterthänigsten Antrag des Ministers des kais. Hauses und des Aeußern die mit Titel und Charakter von Hof- und Ministerialsecretären bekleideten Hof- und Ministerialconcipisten erster Classe Victor Hofstätter, Edlen von Hochsteden-Hohenhof und Dr. Emil Fettel zu wirklichen Hof- und Ministerialsecretären im Ministerium des kais. Hauses und des Aeußern allergnädigst zu ernennen geruht.

Erkenntnisse.

Das k. k. Ministerium des Innern hat unterm 31. Jänner 1883, Z. 348/M. I., der in Pressburg erscheinenden Zeitschrift „Westungarischer Grenzboten“ auf Grund des § 26 des Pressgesetzes den Postdebit für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in der periodischen Zeitschrift „Wiener allgemeine Zeitung“ Nr. 1049, Mittagsblatt vom 30. Jänner 1883 auf Seite 4 enthaltenen Aufsatzes mit der Aufschrift „Schul-Zeitung“, „Die Pädagogik und die Theologie“ in der Stelle von „Es ist dieser Standpunkt der Reaction“ bis „nichts weiter als der Resner war“, die Vergehen nach §§ 302, 303 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. B. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin hat, wie die „Salzburger Zeitung“ meldet, dem Frauen-Wohltätigkeitsvereine in Salzburg 100 fl. für das laufende Jahr zu spenden geruht.

Wien, 5. Februar.

(Orig.-Corr.)

In der letzten Sitzung wurde seitens der Regierung ein Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsrechnungshofes vorgelegt, welche Institution bekanntlich schon lange urgiert wurde, da der Wirkungskreis des jetzt bestehenden Obersten Rechnungshofes namentlich hinsichtlich der Controle, als zu beschränkt bezeichnet wurde. In dieser Hinsicht räumt der Gesetzentwurf dem Staatsrechnungshofe weitgehende Befugnisse ein; er hat nicht bloß die Wichtigkeit der Rechnungen, sondern auch die Gewährung der Verwaltungsbeförden zu controlieren, ob nicht die Staatsentnahmen auf einen höheren Ertrag gebracht werden können und ob bei den Ausgaben die gebotene Sparsamkeit beobachtet werde. Der Präsident des Staatsrechnungshofes ist gleich den Ministern gegenüber dem Reichsrathe verantwortlich. Wie man sieht, kann man der Regierung gewiss nicht den Vorwurf machen, dass sie die Controlbefugnisse der Volksvertretung verkürzen will; wohl aber ersieht man daraus, dass das gegenwärtige Ministerium ernstlich bestrebt ist, alle Garantien zu schaffen, welche für die Erreichung des Zieles: „Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte“ verbürgen. — Gleichzeitig wurde auch das neue Landwehrgesetz vorgelegt, welches bestimmt ist, auch die Organisation der Landwehr zum entsprechenden Abschluss zu bringen und die Actionsfähigkeit dieses Theiles unserer Wehrkraft zu verbürgen. — Die Regierung hat die Vorlage betreffs der Hilfsaction für Tirol zurückgezogen und wird eine neue vorlegen, welche den Wünschen Tirols Rechnung tragen soll. Eine Verzögerung in der Hilfeleistung wird dadurch nicht herbeigeführt. — Die bloße Nachricht von der Concessionierung der Stadtbahn hat bereits einen lebendigen Einfluss auf die Geschäftsthätigkeit ausgeübt, und dies gibt sich auch in der freundlichen Physiognomie der Börse kund. — Der Bann, welcher bisher auf dem Unternehmungsgeist lastete, ist endlich gebrochen und dafür weiß man der Regierung Dank.

Zur Lage.

Fast sämtliche Morgenblätter vom 6. d. M. beschäftigen sich mit der Mandatsniederlegung der galizischen Abgeordneten Dr. v. Kaminski und Dr. Wolfski und erörtern den Vorfall, welcher diese Resignation herbeigeführt hat. Das „Freimdenblatt“ bemerkt darüber: „Die parlamentarischen Kreise und gewiss auch die Bevölkerung wurden durch einen ganz eigenartigen Proceß in Aufregung versetzt, der von einem polnischen Abgeordneten eingeleitet wurde. Re-

capitulieren wir den Hauptinhalt der Klage. Die galizische Transversalbahn soll gebaut werden, und zwar durch Vergebung im kleinen Arbeitslohne, weil der Staat mit der General-Entreprise bereits so traurige Erfahrungen gemacht hatte, dass man auf dieses System nicht mehr zurückkommen wollte. Dr. Kaminski erklärt nun in seiner eigenen Klage, er habe sich im Interesse des Baron Schwarz verpflichtet, die Stimmung im Parlamente zu ändern und dieses für die General-Entreprise zu gewinnen. Von einem Volksvertreter darf jedoch mindestens vorausgesetzt werden, dass er im Hause im Interesse der Allgemeinheit thätig ist, nicht jedoch als Agent eines privaten Unternehmers, und wer sein Mandat zu solchen Erwerbszwecken verwertet, mißbraucht dasselbe zweifellos. Nach diesem seltsamen Geständnisse erzählt Dr. Kaminski in seiner Klageschrift ferner, dass die Vergebung des Baues im Offertwege erfolgen sollte. Jetzt sei es seine Aufgabe gewesen, diese Offertbegebung illusorisch zu machen. Dies geschah dadurch, dass die concurrenzierenden Firmen Kraus und Groß ins Interesse gezogen, eine andere aber aus dem Felde geschlagen worden, indem durch verschiedene Informationen Baron Schwarz in die Lage gesetzt wurde, eine geringere Pauschalsumme zu fordern, die aber hinterher durch Errichtung von Blockhäusern an Stelle gemauerter Wächterhäuser sich als weit vortheilhafter herausstellen sollte. Kann nun irgendwie bezweifelt werden, dass durch die Vereitelung eines reellen und nicht scheinbaren Offertverfahrens das Staatsinteresse gefährdet wurde? Dr. Kaminski erzählt des weiteren, er habe mit Baron Schwarz für seine Intervention drei Procent der Bausumme als Provision vereinbart, was in diesem Falle 625 000 fl. ausmache. Dieser Betrag sei wohl hinterlegt, aber wahrscheinlich anderen Personen zugeführt worden, während er bisher leer ausgegangen sei. Dies der Inhalt der Klage, und man wird nun das Staunen begreifen, welches diese Publication allseits hervorrief. Ein Abgeordneter bekennet sich dazu, gegen das Interesse des Staates gewirkt zu haben, begehrt hiefür eine Belohnung und ruft sogar die Hilfe der Gerichte zu seinem Beistande an! Dr. Kaminski wendet wohl ein, er habe dieses Geschäft innerhalb seiner advocatorischen Befugnisse durchgeführt. Aber kann man einen solchen Einwand gelten lassen? Jedermann, sei er Advocat oder in anderer Lebensstellung, der durch das Vertrauen der Wählerschaft in die Hallen der Legislative versetzt wurde, hat die unverbrüchliche Pflicht, vor allem das Staatsinteresse zu schützen, und kann er sich zu dieser Höhe der Aufgabe nicht aufschwingen, so möge er weiter seinen Geschäften nachgehen, aber das Parlament meiden und nicht Privatspeculationen auf einem Gebiete nachgehen, das durch Egoismus nur entweiht werden kann. Der Polenclub hat auch aus seinen Anschauungen über dieses Verhalten des Vertreters von Stanislaw keinerlei Fehl gemacht, und der Unwille der Partei war stark genug, Herrn Dr. Kaminski zur Resignation auf sein Mandat zu zwingen. Im Anschlusse an diesen Verzicht kommt nunmehr auch die Resignation des Dr. Wolfski, des Vertreters des Herrn Dr. Kaminski. Aus dem Schreiben dieses Abgeordneten kann entnommen werden, dass auch dieser Entschluß über energisches Einschreiten des Polenclubs gefaßt wurde. Die Partei zog Herrn Dr. Wolfski zur Rechenschaft, und dieser vereitelte ihren Ausspruch durch den Austritt aus dem Club und aus dem Hause.“

Das Blatt schließt seinen Artikel mit folgenden Worten: „Wir wünschen eine gründliche und beweiskräftige Widerlegung der Angaben des Herrn Dr. Kaminski, wir wünschen, dass jeder Keim für neue Verächtlichkeiten rechtzeitig vernichtet werde. In diesem Streben werden sich sicherlich alle Parteien des Hauses begegnen, denen die Ehre des Parlamentes gleich theuer ist und welche vor allem darauf bedacht sein müssen, dass nicht aus den Behauptungen und den Geständnissen der galizischen Abgeordneten Folgerungen gezogen werden, welche den öffentlichen Interessen verberblich werden könnten.“

Parlamentarisches.

Wien, 6. Februar.

Der Bericht der vom Herrenhause gewählten Commission für die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, liegt bereits vor. Derselbe lautet:

„In der 52. Sitzung der neunten Session am 24. Jänner 1882 brachte der Herr Minister für Cultus und Unterricht über Ermächtigung der k. k. Regierung im Herrenhause einen Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Behandlung ein, welcher die Abänderung einiger Bestimmungen des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 62, beabsichtigt, und es ist dieser Gesetzentwurf der Unterrichtscommission zur Vorberathung zugewiesen worden.“

Als sich Mitte Dezember v. J. diese Commission durch Austreten der Mitglieder auflöste, wurde in der 69. Sitzung am 18. Dezember 1882 eine besondere Commission gewählt, welcher die Erledigung dieser Regierungsvorlage aufgetragen wurde.

In der ersten Sitzung dieser Commission gab der Vertreter der k. k. Regierung die Erklärung ab, dass sie den ursprünglich eingebrachten Entwurf in mehreren Punkten abzuändern beabsichtige; sie sei zu diesen Modificationen veranlaßt durch den Meinungsaustausch während der Berathungen der Vorlage im Schoße der bestandenen Unterrichtscommission, deren Anschauungen die Regierung nach mehreren Richtungen hin zuzustimmen in der Lage war, während sie in anderen den von ihr zuerst eingenommenen Standpunkt festzuhalten sich verpflichtet halte. Der Wortlaut der beiden Texte, des ursprünglichen, dem Herrenhause übergebenen Entwurfes sowie des modificierten, ist in der Anlage einander und dem Texte des derzeit geltenden Gesetzes vom 14. Mai 1869 gegenübergestellt, und hat der modificierte Text der Regierungsvorlage die Grundlage für die Berathungen der Commission gebildet.

Die in demselben enthaltenen Vorschläge lassen sich in zwei Gruppen sonder. Zuvörderst beabsichtigen sie die gesetzliche Regelung jener Erleichterungen in der Erfüllung der Schulpflicht für die Kinder und in der Tragung von Schullasten für die Gemeinden, welche die Regierung selbst als notwendige, ja als unabweisbare erkennen muß. Hieran anknüpfend, will aber die Regierung auf Grund der ihr nunmehr vorliegenden, während des zwölfjährigen Bestandes der neuen Volksschulgesetze gemachten Erfahrungen eine Reihe von Mängeln beseitigen, welche auf dem Gebiete des Volksschulwesens zutage traten und sich als hemmend für die Entwicklung desselben erwiesen haben, andererseits aber mehrere Verbesserungen beantragen, deren Einführung dessen Aufschwung fördern soll und daher als wünschenswert erscheinen muß.

Die Commission hat nur als ihre Pflicht erkannt, zu prüfen, ob für die vorgeschlagenen Änderungen der bestehenden Gesetze ausreichende Gründe vorliegen und inwieweit diese wirklich die beabsichtigten Erfolge in Aussicht nehmen lassen. Als eine mit einer bestimmten und engbegrenzten Aufgabe betraute Specialcommission durfte sie sich nicht für berufen halten, eine Prüfung der Wirkungen des derzeit gesetzlich aufgestellten Systemes der Volksschulgesetzgebung überhaupt einzuleiten, wozu auf Grund der zwölfjährigen Erfahrungen wohl die Veranlassung und auch die Anhaltspunkte in reichem Maße gegeben wären, und sie konnte sich umso weniger für berechtigt ansehen, allgemeine Betrachtungen in dieser Richtung anzustellen, als in dem modificierten Texte der Regierungsvorlage eine Anregung hiezu nicht gegeben war, welche ihr die Verpflichtung auferlegt hätte, dieselbe aufzunehmen und durch ihre Anträge zu erledigen.

Allein auch dazu hielt sich die Commission nicht für ermächtigt, innerhalb des Rahmens der ihr zur Berathung zugewiesenen Vorschläge wesentliche und tiefer einschneidende Modificationen zu beantragen. Nachdem diese sämtlichen Vorschläge nach der Begründung durch die Vertreter der Regierung auf die in großer Anzahl zur Verfügung stehenden Beobachtungen und Erfahrungen derselben sich stützen, muß auch die Verantwortung für dieselben der Regierung im vollen Maße zugewiesen bleiben; deshalb hat es die Commission nur in ganz wenigen Fällen für angezeigt gehalten, ihrerseits Abänderungen der modificierten Regierungsvorlage vorzuschlagen.

In der Texturierung der §§ 3, 17, 29 und 30, welche die Aufzählung der Lehrgegenstände der allgemeinen Volksschule, der Bürgerschule, dann der Bildungsanstalten für Lehrer und für Lehrerinnen enthaltend, fand die Commission von dem in dem modificierten Regierungsentwurfe gebrauchten Ausdrucke „Sprache“ wieder auf den in der ersten Vorlage enthaltenen „Unterrichtssprache“ zurückzugehen. Die un-

verändert bleibende Fassung des § 6 des Reichs-Volkschulgesetzes, der von den Verfügungen rücksichtlich der Unterrichtssprache und von der Unterweisung in einer zweiten (anderen) Landessprache handelt, fordert umso mehr eine Uebereinstimmung in den Bezeichnungen der Gegenstände, als der letzte Absatz des § 3 einen ausdrücklichen Hinweis auf § 6 enthält.

§ 7 spricht von der Vertheilung des Lehrstoffes auf die verschiedenen Jahre, während welcher jedes Kind die Schule zu besuchen hat, und von der Gruppierung der Schulkinder in Abtheilungen oder Classen nach der Anzahl der Schüler und der verfügbaren Lehrkräfte. Hier erschien es der Commission angezeigt, bereits von der „nach Umständen“ zulässigen Einrichtung der Schulen, besonders auf dem Lande, nach den Grundsätzen des Halbtagsunterrichtes im Geseze Erwähnung zu machen, was dadurch gerechtfertigt sein wird, daß im später folgenden § 11 ein nicht unwesentlicher Unterschied in den Wirkungen der Einrichtung der Schulen mit ganz- oder mit halbtägigem Unterrichte rücksichtlich der auf eine Lehrkraft zu rechnenden Schülerzahl und daher auch ein wenn auch mittelbarer Einfluß auf die Anzahl der Lehrzimmer und deren Ausmaß aufgestellt werden soll.

Die Abänderungsanträge zu § 11 gaben Veranlassung zu sehr eingehenden Erörterungen. Zunächst über den Wert der Halbtagschule, und zwar in didaktischer wie in pädagogischer Hinsicht, sowie über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Schuleinrichtung, deren Einführung überall dort, wo die Verhältnisse es gestatten, sehr warm empfohlen wurde. Im Hinblick auf den letzterwähnten Punkt schon deshalb, weil hierdurch eine Abminderung der Leistungen der Schulgemeinden für Bau- und Erhaltungskosten von Schulen ermöglicht werde. Die Regierung will den Standpunkt der gegenwärtig bestehenden Schuleinrichtungen auch in Zukunft festhalten, nach welchem der ganz tägliche Unterricht die Regel bilden soll. Gleichwohl erkennt sie es als ein Gebot der Nothwendigkeit an, von diesem Grundsatz überall dort Ausnahmen zuzulassen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schulgemeinden diese Berücksichtigung erfordern. Sie wollte darauf hingewiesen haben, daß thatsächlich allerdings auch derzeit eine große Anzahl der einclassigen Landeschulen nur halbtägigen Unterricht haben, was durch die Schul- und Unterrichtsordnung vom 20. August 1870, § 11, insbesondere aber § 45, gestattet sei; auch an zweiclassigen Schulen komme Halbtagsunterricht dergestalt vor. Die Regierung richtete sich hier gern nach den Wünschen der Bevölkerung.

Angesichts der in dem letzten Decennium so häufig vorgekommenen berechtigten Klagen von Gemeinden wegen Ueberbürdung durch Umlagen für die Schule erblickt die Commission in der vorgeschlagenen Fassung des § 11 eine Anerkennung der Nothwendigkeit, die ökonomische Lage der Schulgemeinden bei der Bestimmung der Art und Weise, wie der Unterricht zu erteilen sei, wovon sachgemäß auch die Feststellung der Anzahl der Classen und der erforderlichen Lehrzimmer, aber auch jene der zu systemisierenden Lehrkräfte abhängen, mehr als bisher zu berücksichtigen. Der Befürchtung, daß hierdurch die Erfolge des Unterrichtes herabgedrückt werden und etwa unter das Niveau der derzeitigen sinken könnten, hatte die Commission, namentlich mit Rücksicht auf das oben Angeführte, keine Veranlassung, Raum zu geben, und wurde der dringliche Wunsch ausgesprochen, es möge die Regierung bei Beurtheilung diesfalls vorkommender Gesuche und Recurse, ebenso im Interesse der Schule als der Leistungsfähigkeit der steuerzahlenden Bevölkerung ihnen volle Würdigung angedeihen lassen.

Die §§ 17, 18 und 19 beabsichtigen, den Bürgerschulen eine wesentlich veränderte Einrichtung zu geben. Es war dieses Institut bisher noch nicht in der Lage, die bei seiner Errichtung vorgesehenen Ziele voll zu erreichen. In mehreren Ländern und in vielen kleineren Städten und Orten können sich die derzeit bestehenden Bürgerschulen kaum behaupten, leiden an einem fühlbaren Mangel an Frequenz und verursachen im Vergleich mit den erzielten Erfolgen unverhältnismäßig hohe Kosten. Diesen ungünstigen Verhältnissen glaubt die Regierung durch die vorgeschlagenen Maßregeln wirksam begegnen zu können.

Der § 21 bringt in seinem zweiten Absätze bei der Feststellung der Bedingungen für die Entlassung aus der Schulpflicht eine Erweiterung der Anzahl der hiezu als unerlässlich vorgeschriebenen Lehrgegenstände durch die Aufnahme der Religion.

Aus den eingangs dieses Berichtes entwickelten Gründen muß es hier unerörtert bleiben, warum seinerzeit bei der Berathung des Reichs-Volkschulgesetzes an dieser Stelle die Religion bei der Aufzählung der nothwendigsten Gegenstände für die Erreichung des Lehrzieles der Volksschulen nicht Aufnahme gefunden hat, obgleich im Geseze die Religion, und zwar an erster Stelle, als obligater Lehrgegenstand für alle Volks- und Bürgerschulen, dann Lehrer-Bildungsanstalten angeführt erscheint. Jedenfalls wird durch die vorgeschlagene Aufnahme derselben die Ausfüllung einer Lücke erfolgen, deren Bestehen die Veranlassung zu nicht geringer Beunruhigung der Bevölkerung bieten konnte.

Was die übrigen Absätze 3 bis 5 anbelangt, so gehören die in denselben enthaltenen Bestimmungen zu den wichtigsten, welche diese Gesetzesnovelle überhaupt behandelt. Das Herrenhaus hatte sich in dieser Session bereits zweimal, im April und im Dezember 1881, mit der Frage der Erleichterungen in der Erfüllung der Schulpflicht zu beschäftigen, und zwar war dies der Fall infolge von Anträgen, welche aus der Mitte des anderen Hauses hervorgegangen waren und dort zu sehr eingehenden Verhandlungen geführt hatten, deren Resultate in Form von Beschlüssen anhergelaufen, mit welchen jedoch in weiterer verfassungsmäßiger Behandlung im Herrenhause keine Uebereinstimmung erzielt wurde.

Es muß daher mit Befriedigung anerkannt werden, daß die Regierung, von der Nothwendigkeit der Feststellung der Grundzüge dieser Erleichterungen durch das Gesez überzeugt, selbst die Initiative in der Förderung dieser für die Bevölkerung so überaus wichtigen Angelegenheit ergreifen wollte. Sie zeigt dadurch, welches Gewicht sie auf die diesfalls zutage getretenen Wünsche und deren Begründung legt, indem sie die Hand bietet, diesen Wünschen, welche namentlich aus der Mitte der ländlichen und ärmeren Bevölkerung kommen, wenigstens theilweise Berücksichtigung zu sichern.

Es handelt sich hier nicht um eine Abänderung der Schulpflichtigkeit überhaupt, nicht um die Frage, ob sechs- oder achtjähriger Schulbesuch die Grundlage der Volksschulgesetzgebung bilden solle, sondern um jene Erleichterungen, welche nach vollendetem sechsjährigen Schulbesuche den Kindern auf dem Lande und jenen der unbemittelten Bevölkerung in Städten und Märkten über Ansuchen ihrer Eltern oder deren Stellvertreter aus rücksichtswürdigen, vorzüglich wirtschaftlichen Gründen zuzugestehen sein werden.

Zieht man in Betracht, daß sofort nach dem Inkrafttreten der neuen Volksschulgesetze, und zwar bereits im Jahre 1870, die Regierung sich gezwungen sah, im Verordnungswege zuzugestehen, daß Schulbesuchs-Erleichterungen — Verkürzungen der vorgeschriebenen Schulzeit nennt sie der § 13 der Schul- und Unterrichtsordnung vom 20. August 1870 — zulässig seien, und erwägt man, in welcher ausgedehnter Umfange bis nun von dieser Zulässigkeit Gebrauch gemacht werden mußte, aber auch, in welcher ungleicher Weise dies geschah, so wird man gewiß zugeben müssen, daß die Verhältnisse auf diesem Gebiete nur durch das Gesez in ersprißlicher Weise gebessert werden können. Fortan wie bisher wird jedes schulpflichtige Kind das vorgeschriebene Lehrziel zu erreichen haben, allein nach vollendetem sechsjährigen regelmäßigen Schulbesuche wird der weitere in einer besonders eingerichteten Art geleistet werden können, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, den Schulunterricht in angemessener Weise noch fortzuführen, während doch gleichzeitig die in wirtschaftlicher Hinsicht so wichtige und oft nothwendige Arbeitsleistung der heranwachsenden Kinder nicht wird entbehrt werden müssen. Auch für die Vorbereitung zur Erlernung eines Handwerkes oder Gewerbes wird die Möglichkeit sich leichter finden, sie in früherem Alter zu beginnen, in welchem oft allein gewisse Fertigkeiten angeeignet werden können, ohne daß deshalb die Vollendung des Unterrichtes hintertrieben wird.

Daß auch ganzen Schulgemeinden, die durch ihre gesetzlichen Vertretungen darum ansuchen, für ihre sämtlichen schulpflichtigen Kinder solche Erleichterungen zu gewähren sind, wird namentlich auf die Herabsetzung der Schullasten von Einfluß sein, da in diesem Falle der Lehrplan für die Kinder, welche bereits durch sechs Jahre die Schule besucht haben, so eingerichtet werden kann, daß der Unterricht für diese in besonderen Classen stattfindet, für welche dann besondere Lehrkräfte und Schulräume nicht erfordert werden.

Bei der Besprechung der Anträge zu § 38 nahm die Commission Veranlassung, es als zweckmäßig hervorzuheben, wenn für die Anstellung als Lehrer an der allgemeinen Volksschule und für solche an Bürgerschulen eine verschiedene Qualifikation normiert werde. Das Lehrbefähigungs-Zeugnis sollte nur zur Anstellung als Lehrer an Volksschulen genügen, für jene an Bürgerschulen aber vorzüglich auf die bereits an anderen Schulen durch mehrjährige Verwendung erworbenen praktischen Erfahrungen Rücksicht genommen und deshalb die Eignung zum Lehramte an Bürgerschulen durch eine besondere, nach mindestens dreijähriger, vollkommen befriedigender Dienstleistung an Volksschulen abzulegenden Prüfung erprobt werden. Die Erfahrung habe gelehrt, daß jüngere und begabte Volksschullehrer, welche die Anstellung an einer Bürgerschule anstreben, auf die Vorbereitung hiezu allen Fleiß verwenden und die Prüfung mit gutem Erfolge bestehen, allein da sie in der Zwischenzeit ihren Obliegenheiten an der Volksschule nur lässig nachkommen konnten, bringen sie nur geringe praktische Erfahrungen im Lehrfache an die Bürgerschule mit und erzielen dort geringere Erfolge, als sie von solchen zu erwarten sind und auch erreicht werden, welche nach einer tüchtigen, längeren Verwendung im Lehrfache an Volksschulen erst an die Vorbereitung für die Bürgerschule

gehen. Da derzeit erstere bei Anstellungen oft letzteren vorgezogen worden sind, empfiehlt die Commission die bezeichnete Abänderung.

Von besonderer Bedeutung dürften sich die Abänderungsvorschläge zu § 48 erweisen, welche nach zwei Richtungen zielen, die sich in einem gewissen Maße ergänzen: Es soll als verantwortlicher Schulleiter nur derjenige angestellt werden können, der außer den überhaupt zur Anstellung als Lehrer erforderlichen Bedingungen auch den Nachweis zu erbringen vermag, daß er als befähigt erklärt worden ist für den Unterricht in der Religionslehre jener Confession, welcher die Mehrzahl der Schüler an der betreffenden Schule, nach einem gewissen Durchschnitte erhoben, angehört. Weiters soll im Geseze die Verpflichtung der Schulleitung ausgesprochen werden, sich durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses an der Ueberwachung der Schulkinder bei den ordnungsmäßigen festgesetzten religiösen Uebungen zu betheiligen.

Was den ersten Punkt betrifft, so ist es gewiß nicht nöthig, hier im einzelnen zu zeigen, und zwar vom Standpunkte des Unterrichtes wie der Erziehung betrachtet, welche grelle Mißstände sich ergeben können und wirklich ergeben haben, wenn der Lehrer, beziehungsweise der Leiter der Schule einer anderen Confession angehört als die Schüler, welche er zu unterrichten hat und mit erziehen soll. Die Fälle, welche in dieser Richtung vorgekommen sind, haben in der Bevölkerung, nicht in der katholischen allein, gerechte Bedenken erregt und Reclamationen an die Behörden um Abhilfe hervorgerufen.

Damit eine Veranlassung zu Conflicten beseitigt werde, welche bei den gegenwärtigen Zuständen in dieser Hinsicht nie ganz vermieden werden konnten, und weiters aus dem Grunde, damit in Fällen, wo von der betreffenden Religionsgenossenschaft an einer Schule der Unterricht in der Religion entweder gar nicht oder doch nicht in ausreichender Weise gegeben werden kann, den schulpflichtigen Kindern ein solcher dennoch, und zwar in der möglichst geeigneten Weise erteilt werde, erkannte die Commission als ganz zweckentsprechend, wenn von dem verantwortlichen Schulleiter auch der Nachweis der Befähigung zum Unterrichte in der Religion der betreffenden Confession verlangt werde, und sie legt einen umso größeren Wert auf die Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesez, als nicht nur die Religion als der Hauptunterrichts-Gegenstand betrachtet werden muß, worauf das Volksschulgesetz selbst durch die Einreihung derselben als Lehrgegenstand an erster Stelle hinweist, sondern auch weil jede Erziehung nach den Grundsätzen derselben geleitet werden und daher die Leitung der Volksschule eine derartige sein sollte, daß sie die Religion nach allen Richtungen hin zu berücksichtigen habe.

Dies werde nur dann erwartet werden können, wenn an einclassigen Schulen der Lehrer, an mehrclassigen der Leiter der Schule, welche den ganzen Unterrichtsgang zu führen und zu überwachen haben, die erwähnte Qualifikation besitzen.

Die Nothwendigkeit, die Schulkinder bei den vorgeschriebenen religiösen Uebungen durch das Lehrpersonal überwachen zu lassen, hat sich schon längst herausgestellt, und es entspricht dies auch den pädagogischen Grundsätzen überhaupt. Anordnungen in dieser Hinsicht haben in der Schul- und Unterrichtsordnung vom Jahre 1870 im § 50 ihren Platz gefunden. Da sich aber in der Ausführung dieser Vorschriften mannigfache Ungleichheiten ergaben und dieselbe auch wiederholt auf Hindernisse gestoßen ist, erscheint die Aufnahme derselben in das Gesez als sehr wünschenswert.

Bei § 75 wurde von einer Seite befürwortet, daß für Dalmatien und für Galizien von den Vorschriften im § 48 Ausnahmen durch die Landesgesetzgebung für zulässig zu erklären seien, und zwar sowohl hinsichtlich des dort geforderten Nachweises der Befähigung des verantwortlichen Schulleiters zum Unterrichte in der Religion als auch der Verpflichtung der Schulleitung zur Betheiligung an der Beaufsichtigung der Schulkinder bei den vorgeschriebenen religiösen Uebungen durch Lehrer desselben Glaubensbekenntnisses, und die Mehrheit der Commission sprach sich für diese aus, da es sich um eine Bestimmung handle, die nicht unter die Ausführungsvorschriften zu rechnen sei, wo es dann der Unterrichtsverwaltung überlassen wäre, hievon eventuell Ausnahmen zu gestatten, während die bezüglichlichen Verhältnisse der betreffenden zwei Länder sich wirklich als derartige darstellen, daß die Regelung der Ausnahmen im Wege der Gesetzgebung selbst normiert werden sollte.

Die Begründung der übrigen hier nicht besonders erwähnten Abänderungsvorschläge ergibt sich aus dem der Vorlage beigegebenen Motivenberichte.

Im allgemeinen wird bemerkt, daß die Beschlüsse der Commission fast durchwegs mit Einstimmigkeit gefaßt wurden, nur die §§ 21, 48 und 75 wurden in der Schlussabstimmung mit allen gegen Eine Stimme angenommen.

Auf Grund der im Vorstehenden gegebenen Auseinandersetzungen erlaubt sich die Commission den Antrag zu stellen:

„Das hohe Herrenhaus wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf in der von der Commission beschlossenen Fassung die Zustimmung ertheilen.“

Die wesentlichsten Bestimmungen der Gesetznovelle haben nun nach den Anträgen der Commission folgende Fassung:

§ 1. Die Volksschule hat zur Aufgabe, die Kinder religiös-sittlich zu erziehen, deren Geistesfähigkeit zu entwickeln, sie mit den zur weiteren Ausbildung für das Leben erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und die Grundlage für Heranbildung tüchtiger Menschen und Mitglieder des Gemeinwesens zu schaffen. Die Volksschulen gliedern sich in „allgemeine Volksschulen“ und „Bürgerschulen“.

§ 3. Die Lehrgegenstände der allgemeinen Volksschule sind:

Religion; Lesen und Schreiben; Unterrichtssprache; Rechnen, in Verbindung mit der geometrischen Formenlehre; das für die Schüler Fasslichste und Wissenswertheste aus der Naturgeschichte, Naturlehre, Geographie und Geschichte, mit besonderer Rücksichtnahme auf das Vaterland und dessen Verfassung; Zeichnen; Gesang; ferner: weibliche Handarbeiten für Mädchen; Turnen für Knaben obligat, für Mädchen nicht obligat. Der Umfang, in welchem die Lehrgegenstände behandelt werden, richtet sich nach der Stufe, auf welcher jede Schule mit Rücksicht auf die Anzahl der verfügbaren Lehrkräfte steht. Eben davon hängt auch die Ausdehnung des Unterrichtes auf andere als die hier genannten Lehrgegenstände, insbesondere in einer anderen Landessprache (§ 6) ab.

§ 17. Die Bürgerschule hat eine über das Lehrziel der allgemeinen Volksschule hinausreichende Bildung namentlich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden und der Landwirte zu gewähren. Dieselbe vermittelt auch die Vorbildung für Lehrerinnen, Bildungsanstalten und für jene Fachschulen, welche eine Mittelschulvorbildung nicht voraussetzen.

Die Lehrgegenstände der Bürgerschule sind: Religion, Unterrichtssprache in Verbindung mit Geschäftsauffassen, Geographie und Geschichte mit besonderer Rücksicht auf das Vaterland und dessen Verfassung, Naturgeschichte, Naturlehre, Rechnen in Verbindung mit einfacher Buchführung, Geometrie und geometrisches Zeichnen, Freihandzeichnen, Schönschreiben, Gesang; ferner: weibliche Handarbeiten für Mädchen, Turnen für Knaben obligat, für Mädchen nicht obligat. An den nichtdeutschen Bürgerschulen soll die Gelegenheit zur Erlernung der deutschen Sprache geboten werden.

Mit Genehmigung der Landes Schulbehörde kann an der Bürgerschule auch ein nicht obligatorischer Unterricht in anderen lebenden Sprachen, im Clavier- und Violinspiel ertheilt werden.

§ 21. Die Schulpflicht beginnt mit dem vollendeten sechsten und dauert bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre. Der Austritt aus der Schule darf aber nur erfolgen, wenn die Schüler die für die Volksschule vorgeschriebenen nothwendigsten Kenntnisse, als: Religion, Lesen und Schreiben, besitzen. An den allgemeinen Volksschulen sind nach vollendetem sechsjährigen Schulbesuche den Kindern auf dem Lande und den Kindern der unbemittelten Volksschulen in Städten und Märkten über Ansuchen ihrer Eltern oder deren Stellvertreter aus rücksichtswürdigen Gründen Erleichterungen in Bezug auf das Maß des regelmäßigen Schulbesuches zuzugestehen. Dieselben haben in der Einschränkung des Unterrichtes auf einen Theil des Jahres oder auf halbtägigen Unterricht oder auf einzelne Wochentage zu bestehen.

Diese Erleichterungen sind auch Kindern ganzer Schulgemeinden auf dem Lande zu gewähren, wenn die Vertretungen der sämtlichen eingeschulerten Gemeinden auf Grund von Gemeinde-Ausschussbeschlüssen darum ansuchen. In diesem Falle kann der Lehrplan so eingerichtet werden, dass der abgekürzte Unterricht den Kindern in besonderen, von den übrigen Schülern getrennten Abtheilungen mindestens bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres ertheilt werde. In allen in den voranstehenden zwei Absätzen vorgesehenen Fällen ist der Unterricht in der Art zu ertheilen, dass die Schulpflichtigen mittelst desselben das allgemein vorgeschriebene Lehrziel erreichen können.

§ 48. Der Dienst an öffentlichen Schulen ist ein öffentliches Amt und für alle Staatsbürger gleichmäßig zugänglich, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben. Als verantwortliche Schulleiter (§§ 12, 14, Absatz 2, § 19, Punkt 4 und 5) können nur solche Lehrpersonen bestellt werden, welche auch die Befähigung zum Religionsunterrichte (§ 38, Absatz 5) jenes Glaubensbekenntnisses nachweisen, welchem die Mehrzahl der Schüler der betreffenden Schule nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen fünf Schuljahre angehört. Es ist Pflicht der Schulleitung, an der Ueberwachung der Schuljugend bei den ordnungsmäßig festgesetzten religiösen Uebungen durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses sich zu betheiligen.

§ 75. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Königreiche Dalmatien, Galizien und Lodomerien, des Großherzogthums Krakau, der Herzogthümer Krain und Bukowina, der Markgrafschaft Istrien und der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska bleibt es der Landesgesetzgebung daselbst vorbehalten, Abweichungen von den im § 21, Absatz 1 und 6, im § 22, Absatz 2, im § 28 und im § 38, dann für die Königreiche Dalmatien, Galizien und Lodomerien und das Großherzogthum Krakau auch im § 48, Absatz 2, aufgestellten Grundsätzen zuzulassen.

Der Budget-Ausschuss des Abgeordneten-Hauses hielt heute unter Vorsitz seines Obmannes Grafen Hohenwart eine Sitzung ab, welcher Seine Excellenz der Herr Minister für Cultus und Unterricht Freiherr v. Conrad beiwohnte.

Zur Berathung gelangte der Cultusetat, und zwar der Titel „Religionsfonds“.

Zu Post 1, „Oesterreich unter der Enns“, wünscht Abg. Jireček eine präcisere Budgetierung der Inter-calarien. — Referent Abg. Dr. Eusebius Czernawski verspricht, diesem Wunsche im Berichte Rechnung zu tragen. — Post 1 wird hierauf nach den Ansätzen der Regierung angenommen.

Zu Post 2, „Oesterreich ob der Enns“, schilderte der Referent den Stand der Verhandlungen mit dem hochw. Bischofe Rudigier von Linz wegen Rücknahme der Güter Garsten und Gleink.

Abg. Lienbacher beantragte folgende Resolution: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, über den meritorischen Stand der Rechtsansprüche des hochw. Bischofs von Linz auf den Nutzgenuss und die Verwaltung der Güter Garsten und Gleink ordnungsmäßig und unter Freilassung der gesetzlichen Rechtsmittel zu erkennen, eventuell einen Vergleich mit dem hochw. Bischof anzubahnen.“

Se. Excellenz der Herr Cultus- und Unterrichtsminister Freiherr von Conrad erklärte, die Regierung habe infolge der Resolution vom Jahre 1881 die Frage der Realbotation in eingehende Erwägung gezogen, sie sei infolge derselben zur Ueberzeugung gelangt, dass sie mit einer Entscheidung über fragliche Rechtsansprüche nicht vorgehen könne, weil diese formell und judiciell erledigt seien und der Rechtsatz ne bis de eadem re sit actio jeder Wiederaufnahme der Rechtsfrage entgegensteht. Daher müsse der Minister auch der Bemerkung im Referate entgegenreten, als wenn die vorliegende, im administrativen Wege getroffene Verfügung, die keine Entscheidung des Rechtes ist, Gegenstand einer Beschwerde beim Verwaltungs-Gerichtshofe werden könnte. Den Standpunkt der Billigkeit aber habe die Regierung auf Grundlage der Allerhöchsten Entschliessung vom Jahre 1861 eingenommen, worin erklärt wird, die Realbotation soll dem Bisthum bleiben. Das Bisthum selbst und nicht den actuellen Träger der Bischofswürde habe die Regierung bei der Regelung der Dotation im Auge, und zwar umsomehr, als letzterer selbst sich gegenüber den Ausgleichsmotiven der Regierung ablehnend verhält und nur den Standpunkt des eigenen Rechtes acceptiert.

Nachdem noch die Abgeordneten Dr. Schaub, Dr. Herbst, Graf Heinrich Clam-Martini, Dr. Ruß, Bartmanst und der Berichterstatter gesprochen, wurde die Resolution des Abg. Lienbacher abgelehnt und die Post conform den Anträgen der Regierung eingestellt.

Sämmtliche übrigen Posten, betreffend die Religionsfonds, wurden hierauf conform der Regierungsvorlage angenommen.

Beim Titel „Stiftungen und Beiträge zu katholischen Cultuszwecken“ sprachen sich die Abgeordneten Graf H. Clam-Martini, Dumba und Reithammer für ausgiebigere Unterstützung des Prager Dombaues aus.

Hierauf wurden Erfordernis und Bedeckung dieses Titels sowie Titel 12, „Beiträge zu evangelischen Cultuszwecken“, und Titel 13, „Beiträge zu griechisch-orientalischen Cultuszwecken“, unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Schließlich referierte Abg. Ritter v. Smarzewski über den Titel „Religionsfonds-Förste und Domänen“, und werden sämmtliche Posten im Erfordernisse und in der Bedeckung nach der Vorlage der Regierung eingestellt.

Nächste Sitzung morgen.

Der Polenclub hat in der Affaire Raminiski folgende Resolution gefasst: „Der Polenclub erklärt nach Erwägung des Inhaltes der von Herrn Ignaz Raminiski gegen Baron Schwarz wegen Zahlung des Betrages von 625 820 fl. eingebrachten Sachschrift, dass einige der in der Sachschrift angeführten Handlungen und die Einbringung der Sachschrift durch Ignaz Raminiski sowie die Verfassung und Ueberreichung der Sachschrift durch Dr. Ludwig Wolfski gegen die Stellung eines Mitgliedes des Polenclubs schwer verstoßen und die Würde der Landesrepräsentanz zu schädigen geeignet sind.“

Vom Ausland.

Die „Nordb. allg. Ztg.“ erklärt die Nachrichten eines Wiener Blattes, der Ausgleich zwischen der preussischen Staatsbahnverwaltung und den österreichischen Bahnen sei als perfect anzusehen, nachdem der Generaldirector der Nordwestbahn in directer Auseinandersetzung mit dem Minister Maybach die letzten Schwierigkeiten behoben habe, als eine Erfindung. Die angebliche directe Auseinandersetzung zwischen dem Minister und überhaupt irgend welchem Organe oder Delegierten einer österreichischen Bahn sei eine absolute Fabel. — Die „Nordb. allg. Ztg.“ bringt weiters eine längere Erwiderung auf den Artikel der „Raffegna“ bezüglich des Schreibens des Kaisers an den Papst, an deren Schluß es heisst: Die für die Regierung erforderliche Gewissheit, bevor sie amtlich so entschiedene Schritte für die Stellung von Anträgen auf Revision der bestehenden Gesetzgebung thue, könne nur dadurch gewonnen werden, dass der Sieg des friedliebenden Papstes über die Einflüsse, welche den Kampf wollten, sich durch die Thatsache einer factischen Annäherung auch seitens des Papstes erkennen mache. So lange die Regierung keine, auch nicht die kleinste Erwiderung ihres Entgegenkommens finde, so lange sie das Gefühl behalte, auf eine Verständigung nicht mit dem Papste, sondern mit dem der Fortschrittspartei verbündeten Centrum angewiesen zu sein, scheine wenig Aussicht auf eine Förderung des Friedenswerkes vorhanden.

Das nächste päpstliche Consistorium wurde auf den 26. d. M. anberaumt. In demselben wird der Papst den neu ernannten Cardinälen Bianchi und Czacki die Cardinalschüte überreichen. Außerdem wird der Papst mehrere polnische Bischöfe präconisiren, deren Zahl und Namen bisher noch nicht definitiv festgestellt wurde. — Msgr. Czacki befindet sich bedeutend besser.

Aus Dublin wird unterm 5. Februar gemeldet: Die in dem Proceffe wegen Verschwörung zur Ermordung von Regierungsbeamten heute abgegebenen Zeugenaussagen haben die Theilnahme mehrerer Angeklagten an dem Attentate gegen den Geschwornen Field und die Verbindung anderer mit einer revolutionären Organisation erwiesen. Ein Polizeidiener berichtete die Entdeckung eines großen Vorraths von Waffen und Munition bei dem Angeklagten Whelan und constatirte, dass der Mann, welcher der Polizei die zu dieser Entdeckung führenden Informationen gab, später ermordet wurde. — Der Staatsanwalt erklärte, er werde nächstens Zeugen beibringen, welche feststellen werden, dass die Gefangenen an allen in den letzten Jahren in Dublin begangenen Mordthaten theilhaftig waren. — Die Verhandlung wird Samstag fortgesetzt.

Tagesneuigkeiten.

— (R. t. Arme.) Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhten allergnädigst anzuordnen: dass dem Feldzeugmeister Franz Grafen Thun-Hohenstein, Commandanten des 14. Corps und Landesvertheidigungs-Commandanten von Tirol und Vorarlberg, für die mit besonderer Energie und Umsicht bewirkte Disponierung der militärischen Hilfskräfte bei den jüngst stattgehabten Ueberschwemmungen in Tirol sowie für sein aufopferungsvolles persönliches Einwirken zur Bekämpfung der Gefahren in den bedrohtesten und am meisten heimgesuchten Bezirken die Allerhöchste belobende Anerkennung ausgesprochen werde; dann: dem Generalmajor Josef Wanka von Benzenheim, Director des militärgeographischen Institutes, in Anerkennung seiner hervorragenden, pflichttreuen und erfolgreichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone zweiter Classe tagfrei zu verleihen; ferner: den Obersten Franz Watted Edlen von Hermannshorst, übercomplet im Generalstabs-corps und in Dienstesverwaltung im Präsidialbureau des Reichs-Kriegsministeriums, bei gleichzeitiger Einbringung auf den effectiven Dienststand des Generalstabs-corps, zum Generalstabschef beim 4. Corps zu ernennen und demselben bei diesem Anlasse in Anerkennung seiner vorzüglichen und pflichtgetreuen Dienstleistung auf dem bisherigen Dienstposten den Orden der eisernen Krone dritter Classe tagfrei zu verleihen; weiter: die Uebernahme des Obersten Franz David Edlen von Rhonfeld, Commandanten des Feldartillerie-Regiments Freiherr von Hofmann Nr. 8, nach dem Ergebnisse der Superarbitrierung als invalid in den Ruhestand anzuordnen.

— (Graf Tassilo Festetics de Tolna f.) G. d. C. Graf Tassilo Festetics de Tolna, der Senior des gräflichen Hauses Festetics, ist, wie bereits telegraphisch gemeldet worden, am 5. d. M. nachmittags in seinem Palais in Wien, Leopoldstadt, Kaiser-Josef-Straße Nr. 40, gestorben. Längere Zeit schon leidend, verschlimmerte sich am 5. d. der Zustand des greisen Generals derart, dass man jeden Augenblick die gänzliche Auflösung des Kranken befürchtete. Die Aerzte, welche an das Krankenbett des Grafen gerufen wurden, unterzogen sich der traurigen Pflicht, die versammelten Mitglieder der gräflichen Familie auf den Eintritt der

Katastrophe vorzubereiten. Um halb 5 Uhr nachmittags schied Graf Tassilo Festetics nach kurzem Todeskampfe aus dem Leben. Graf Tassilo Festetics de Tolna war k. k. Kämmerer, General der Cavallerie, seit dem Jahre 1877 Inhaber des 2. Dragonerregiments, Ritter des goldenen Vließes, Großkreuz des Leopold-Ordens mit der Kriegsdecoration, Ritter der eisernen Krone zweiter Classe mit der Kriegsdecoration, Inhaber der österreichischen Kriegsmedaille und Besitzer vieler ausländischer hoher Orden.

— (Todesfall.) Das Herrenhausmitglied, Universitätsprofessor Josef N. v. Szujtsi ist am 5. d. M. in Krakau infolge eines langjährigen Lungenleidens im 45. Lebensjahre gestorben. Er war Generalsecretär der Akademie der Wissenschaften in Krakau und gilt als der Begründer des polnischen historischen Dramas.

Locales.

— (Das Leichenbegängnis Sr. Excellenz des gewesenen Statthalters Baron Schloßnigg) fand gestern 3 Uhr nachmittags vom Südbahnhofe aus auf dem Friedhofe zu St. Christoph unter sehr großer Begleitung statt. Demselben wohnten bei der Bruder des Verbliebenen, Sr. Excellenz FMLr. Theodor Freiherr v. Schloßnigg, Obersthofmeister Ihrer kais. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Elisabeth, der Herr Landespräsident Winkler, Ihre Excellenzen FMLr. Freiherr v. Pürker und FMLr. Eugen Müller, Graf Thurn, zahlreiche Mitglieder der hiesigen Aristokratie, die Beamtenschaft der k. Landesregierung, ferner die Spitzen und viele Beamten der übrigen Civilbehörden und andere Leidtragende. Dem vierpännigen Leichenwagen wurden von Bediensteten der Entreprise des Herrn Doberlet überaus schöne, große Kränze vorangetragen, deren auch eine Anzahl den prächtigen Metallfarg deckten; zu Seiten des Leichenwagens schritten gleichfalls Bedienstete der genannten Anstalt mit Windlichtern und den Wappenschildern des Dahingegangenen. Die Einfegung nahm die hochw. Pfarrgeistlichkeit von St. Peter vor, und es erfolgte die Beisetzung der Leiche im eigenen Grabe zur Seite der vorangegangenen Gemahlin. — Von Seite der hochverehrten Familie des in Krain im besten Andenken stehenden hohen Dignitäts war nachstehendes Parte ausgegeben worden: Theodor Freih. v. Schloßnigg, k. k. Feldmarschall-Lieutenant und Obersthofmeister Ihrer kais. Hoheit der Frau Erzherzogin Elisabeth, Angiolina Freilin von Sterned, geb. Freilin v. Schloßnigg, geben hiemit gegnend Nachricht von dem Hinscheiden ihres innigst geliebten Bruders Sr. Excellenz des hochwohlgeborenen Herrn Johann Nep. Georg Freiherr von Schloßnigg, Sr. k. k. Apostolischen Majestät wirklicher geheimer Rath und Kämmerer, Ritter des Ordens der eisernen Krone II. Classe, Comthur des Franz-Josef-Ordens, des Königreiches Ungarn Indigena, Groß-Officier des Guadeloupe-Ordens, Ehrenbürger der Städte Klagenfurt, Laibach und Rudolfsort, Ehrenmitglied der landwirtschaftlichen Vereine in Kärnten und Krain, Mitglied des Alterthums-Vereines in Wien, vordem kaiserlicher Statthalter in Kärnten, dann in Krain u. c., welcher Sonntag, den 4. Februar 1883, um 1/2 10 Uhr vormittags nach langer, schmerzlicher Krankheit und Empfang der heil. Sterbesacramente im 74. Lebensjahre sanft in dem Herrn entschlafen ist. Die Leiche wird, dem ausdrücklichen Wunsche des Verstorbenen gemäß, im Trauerhause, III. Bezirk, Heumarkt Nr. 7, Dienstag, den 6. d. M., um 2 Uhr nachmittags in der Stille eingeseget, dann nach Laibach überführt und dort auf dem Friedhofe St. Christoph im eigenen Grabe zur Seite der vorangegangenen Gemahlin bestatet werden. Die heil. Seelenmessen werden Montag, den 12. d. M., um 11 Uhr früh in der Pfarrkirche zu St. Rochus auf der Landstraße gelesen werden. Wien am 5. Februar 1883.

— (Die Generalversammlung des krainischen Gewerbevereins) fand letzten Sonntag im Glassalon des Gasthofes „zur Stadt München“ in Anwesenheit von 50 Mitgliedern statt. Die Versammlung eröffnete der Vicepräsident Buchdruckereibesitzer Herr Anton Klein, welcher den erfreulichen Aufschwung des Vereins konstatierte und beantragte, dem bisherigen Präsidenten Herrn J. N. Horak, welcher ob Geschäftsführung auf die Präsidentenstelle im Vereine resigniert hat, den Dank des Gewerbevereins für dessen ausgezeichnetes, langjähriges Wirken im Interesse des Gewerbebestandes auszusprechen, welchen Antrag die Versammlung einstimmig durch Erheben von den Säuen unter großem Beifalle zum Beschlusse erhebt. Der emsige Vereinssecretär Herr M. Runc trägt sodann in slovenischer und deutscher Sprache den umfassenden Jahresbericht über die Thätigkeit des Gewerbevereins vor. In klarer Weise erläutert der Bericht den Umstand, weshalb der auf Grundlage der ersten Statuten errichtete politische Verein durch Abänderung der Statuten seitens des Ausschusses in einen nichtpolitischen Verein umgewandelt wurde. Der Ausschuss hat einstimmig die Anschauung vertreten, daß der Gewerbeverein nicht ein Herd politischer Kämpfe sein dürfe, wolle er nicht die dem Vereine angehörigen Mitglieder, welche anderer politischer Anschauung sein könnten, demselben vollständig entfremden, sondern die

Aufgabe des krainischen Gewerbevereins müsse es sein und bleiben, mit Beiseitlassung aller politischen Agitationen für das Wohl des Gewerbebestandes einzutreten, wodurch er seiner Aufgabe am besten entsprechen werde. Der Bericht gebt sodann dankbar der Fürsorge des k. Reichsrathes, welcher die Gewerbegesetz-Novelle beschlossen hat und durch eine große Reihe in das Gesetz aufgenommenen Bestimmungen zum Schutze der Gewerbetreibenden eine neuerliche Basis zum Ausblühen des Gewerbebestandes geschaffen habe. Der Bericht erinnert schließlich an den freundlichen, zuvorkommenden Empfang, welcher der Deputation des Gewerbevereins seitens des Herrn Landespräsidenten Winkler, des Landeshauptmannes Herrn Grafen Thurn und des Herrn Bürgermeister P. Grasselli zu Theil wurde, welche Mittheilung seitens der Versammlung mit großem Beifalle begrüßt wird. Er schließt mit der Versicherung, der Ausschuss des Gewerbevereins werde, wie bisher, unbekümmert um gegenwärtige unberechtigte Agitationen auf dem eingeschlagenen Wege fortwandeln, und er gebe sich der berechtigten Hoffnung hin, durch das bisherige Vorgehen seiner Erprießlichen und Nützlichen für den krainischen Gewerbebestand zu schaffen. (Dieser Bericht des Ausschusses wird mit großem Beifalle aufgenommen.) Herr Schitnik referiert sodann über die Cassagebarung des Vereins im abgelaufenen Jahre. Das Vereinsvermögen beziffert sich in Barem, Drucksorten und Requisitionen auf 217 fl. 57 kr. Es wird hierauf zur Ersahwahl der durch das Los zum Austritte bestimmten Ausschussmitglieder geschritten und erscheinen nahezu einstimmig gewählt die Herren: G. Fischer, Sodawasser-Fabrikant; J. Potočnik, Bäckermeister und Hausbesitzer; J. Brenc, Zimmermeister; B. Schitnik, Hausbesitzer; J. A. Supančič, Hutmacher und Hausbesitzer, und L. Widmayer, Tischlermeister. Herr Vereinssecretär M. Runc hielt sodann einen wohlgegliederten Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerbevereine, welchen die Versammlung durch lebhaften Beifall acclamierte. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung, welche über zwei Stunden gedauert hatte. — Der Ausschuss des Gewerbevereins hat in seiner Montag, den 5. d. M., abgehaltenen Sitzung folgende Functionäre gewählt: zum Präsidenten den Kammerrath Buchdruckereibesitzer Herrn Anton Klein, zu dessen Stellvertreter den Baumeister Herrn Philipp Jupančič, zum Schriftführer den Schneidermeister Herrn Mathias Runc, zu dessen Stellvertreter den Goldschläger Herrn Franz Majer und zum Cassier den Kammerrath und Hausbesitzer Barth. Schitnik.

— (Todt aufgefunden.) Man schreibt aus Radmannsdorf: Am 28. v. M. gegen 6 Uhr früh wurde der beim Grundbesitzer Anton Burja in Mühlabach bedienstet gewesene Knecht Johann Polanz aus Belbes an einem Feldwege unweit des Belbeser Sees von vorübergehenden Leuten todt im Schnee liegend aufgefunden. Den geplogenen Erhebungen zufolge hat der Verunglückte in der Nacht im Zeller'schen Gasthause in Schalendorf dem Brantweine zu stark zugesprochen, dürfte sich sodann auf dem Heimwege verirrt haben und im Schnee liegen geblieben sein.

— (Theaternachricht.) Mit Herrn van Hell, als Gast vom k. k. priv. Carltheater in Wien, der von seinen früheren Gastspielen hier noch in bester Erinnerung stehen dürfte, gelangt, wie man uns mittheilt, heute die mit sensationellem Erfolge in Wien aufgeführte Novität: „Die Ranzau“, Schauspiel von Erdmann-Chatrian, zur ersten Aufführung. Dieses Schauspiel hat bekanntlich mit dem berühmten französischen Schauspieler Monsieur Coquelin in Wien im Carltheater großes Aufsehen erregt und zählt entschieden zu den hervorragendsten Werken der neuen Bühnen-Literatur. Herr van Hell spielt darin die Rolle des „Johann Ranzau“.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 7. Februar. Kriegsminister Bylandt übernahm wieder seine Dienstgeschäfte.

Krakau, 7. Februar. Das Herrenhaus-Mitglied Professor Szujtsi ist gestorben.

Paris, 7. Februar. Das Senatscomité hörte den Kriegs- und den Justizminister, welche den Kammerentwurf des Prätendentengesetzes verteidigten, an und stellte sodann die Hauptzüge des ablehnenden Berichtes fest, welchen Allou redigieren, der Commission vorlegen und in der morgigen Plenarsitzung einbringen wird. Sofortige Discussion wird verlangt, aber wahrscheinlich auf Freitag verschoben werden. Die Verwerfung der Vorlage gilt für sicher; alsdann wird das Cabinet zurücktreten und Ferry mit der Bildung eines neuen Cabinets betraut werden.

Wien, 7. Februar. Nach mehrwöchentlicher Krankheit ist gestern mittags Sr. Excellenz Herr Rudolf Eugen Graf von Wrba, Mitglied des Herrenhauses gestorben. Graf Wrba erkrankte in den ersten Tagen des vorigen Monats, und gab gleich damals sein Zustand zu sehr ernsten Besorgnissen Anlaß. Die Katastrophe, welche nach den Erklärungen der Aerzte seit vorgestern als unabwendbar erschien, ist

gestern um 12 Uhr mittags eingetreten. Nach mehrstündigem Todeskampfe verschied Graf Rudolf Eugen Wrba in seiner Wohnung, Rärntnering Nr. 15. Graf Rudolf Eugen von Wrba und Freudenthal war k. k. wirklicher geh. Rath und Kämmerer, Ritter des Leopold-Ordens und des Ordens der eisernen Krone erster Classe u. c. Der Verbliebene war früher mit der Oberleitung der kaiserlichen Familien-Fondsgüter betraut, war Generalintendant der kais. Hoftheater und Vicepräsident des Herrenhauses.

Wien, 7. Februar. Wie der „Pol. Corr.“ aus Abgeordnetenkreisen gemeldet wird, haben sich die Clubs der Rechten des Abgeordnetenhauses über Wunsch und Initiative des Polenclubs gestern abends in dem Beschlusse geeinigt, in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine gemeinsame parlamentarische Kundgebung zu veranlassen, welche den Zweck verfolgt, in die Affaire Raminiski volles Licht zu bringen.

Budapest, 7. Februar. Das Amtsblatt publiciert das am 30. Jänner Allerhöchst sanctionierte Gesetz über die Beschränkung von Appellationen in kleineren Strassachen.

London, 6. Februar. Der heutige Cabinetrath dauerte drei Stunden. Lord Spencer, Hartington und Harcourt wurden bis zur Thüre des Schatzamtes von Detectives begleitet. Heute wurde ein Gefangener aus einem Gefängnisse nach dem Innern Amte gebracht und eine Stunde vernommen. Dem Vernehmen nach ertheilte er genaue Informationen in betreff der irischen Revolutionspartei. Es wurden Haftbefehle gegen Davitt, Quinn und Healy erlassen. — Die Donau-Conferenz tritt voraussichtlich Donnerstag oder Freitag zusammen. Der rumänische Gesandte Fürst Ghika conferierte heute mit Lord Granville.

New York, 6. Februar. Die Ueberschwemmungen in den Weststaaten nehmen ab.

Theater.

Heute (ungerader Tag) Gastvorstellung des Herrn J. van Hell, Oberregisseur und erster Held und Liebhaber vom k. k. priv. Carltheater in Wien: Die Ranzau. Schauspiel in 4 Acten von Erdmann-Chatrian. Deutsch von Karl Saar.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
7.	11. Mg.	737,88	— 0,6	D. schwach	bewölkt	1,10
2.	N.	738,40	+ 2,8	D. schwach	halbbewölkt	Schnee
9.	11. Ab.	740,72	— 0,2	D. schwach	bewölkt	

Morgens geringer Schneefall, nachmittags ziemlich heiter, glühendes Abendroth. Das Tagesmittel der Temperatur + 0,7°, um 1,1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Todes-Anzeige.

Florian Korschegg, k. k. Bezirksvorsteher in Pension und k. k. Notar, und Katharina Korschegg, geb. Jabornegg Edle v. Altensfels, geben in ihrem und im Namen ihrer Kinder die höchst betrübende Nachricht von dem Ableben ihres innigst geliebten Sohnes, beziehungsweise Bruders, des Herrn

Sigmund Korschegg,

Chefs der Firma Gustav Sochers Nachfolger,

welcher Dienstag, den 6. Februar 1883, vormittags 10 Uhr, im 33. Lebensjahre selig in dem Herrn entschlafen ist.

Die irdische Hülle des theuren Verbliebenen wird Donnerstag, den 8. d. M., um 3 Uhr nachmittags auf dem Centralfriedhofe in Agram im eigenen Grabe zur letzten Ruhe bestatet werden.

Um stilles Beileid wird gebeten.

Separate Parte werden nicht ausgegeben.

Gott dem Allmächtigen hat es in seiner unerforschlichen Weisheit gefallen, unseren innigst geliebten Sohn

Heinrich

nach kurzen, schmerzlichen Leiden im jugendlichen Alter von 5 Jahren von diesem Leben in ein besseres Jenseits abzurufen.

Tief erschüttert und von unermeßlichem Schmerz erfüllt geben wir im eigenen und im Namen unserer Angehörigen die traurige Nachricht allen Verwandten, Freunden und Bekannten.

Das Leichenbegängnis des theuren Dahingegangenen wird Donnerstag, den 8. Februar, von der Todtenkapelle zu St. Christoph aus um 5 Uhr nachmittags stattfinden.

Um stilles Beileid wird gebeten.

Die trauernde Familie

Reichmann.

Laibach, den 7. Februar 1883.

Course an der Wiener Börse vom 7. Februar 1883. (Nach dem officiellen Coursblatte.)

Staat-Anleihen.	Gold	Ware	5% Lemesbar-Banater	Gold	Ware	Staatbahn 1. Emission	Gold	Ware	Actien von Transport-Unternehmungen	Gold	Ware	Silberbahn 200 fl. Silber	Gold	Ware
Notenrente	77-90	78-10	5% ungarische	97-75	98-50	Silberbahn 200 fl. Silber	177-60	178-50	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	78-—	—	Silberbahn 200 fl. Silber	139-75	140-—
1854er 4% Staatsloose	78-30	78-40	Andere öffentl. Anleihen.	98-25	98-75	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
1860er 4% Staatsloose	118-30	119-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
1860er 4% Staatsloose	128-60	129-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
1860er 4% Staatsloose	138-60	139-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
1860er 4% Staatsloose	171-—	171-60	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
1860er 4% Staatsloose	170-50	170-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
1860er 4% Staatsloose	37-—	37-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	98-70	98-90	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	92-50	92-60	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	118-60	118-80	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	86-90	87-05	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	85-60	85-75	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	134-75	135-25	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	89-30	89-80	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	110-—	110-25	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	94-—	94-50	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	115-25	115-75	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	109-60	109-90	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	100-—	100-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	97-50	98-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	104-—	104-50	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	105-—	105-50	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	104-—	104-50	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	103-—	103-50	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	99-—	99-50	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75
4% Def. Goldrente, steuerfrei	97-50	98-—	Donau-Reg.-Lose 5% 100 fl.	114-76	115-50	Donau-Bahn 200 fl. Silber	183-75	184-25	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	168-—	168-50	Silberbahn 200 fl. Silber	149-25	149-75

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 31.

Donnerstag, den 8. Februar 1883.

(551-4) Erkenntnis. Nr. 901.

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers hat das k. k. Landesgericht in Laibach als Presb. gericht auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft zu Recht erkannt:

Der Inhalt des in der Nummer 20 der in Laibach in slovenischer Sprache erscheinenden politischen Zeitschrift „Slovenski Narod“ vom 25. Jänner 1883 auf der ersten Seite abgedruckten Artikels mit der Aufschrift „Ein Commentar ist überflüssig“, beginnend mit „Tako vzdihno stara“ u. endend mit „Jeder Commentar ist überflüssig“, begründe den Thatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 300 St. G.

Es werde demnach gemäß der §§ 489 und 493 der Strafproceßordnung die von der k. k. Staatsanwaltschaft in Laibach verfügte Beschlagnahme der Nummer 20 der Zeitschrift „Slovenski Narod“ vom 25. Jänner 1883 bestätigt und gemäß der §§ 36 und 37 des Presb. Gesetzes vom 17. Dezember 1862, Nr. 6 R. G. Bl. vom J. 1863, die Weiterverbreitung der gedachten Nummer verboten, auf Vernichtung der mit Beschlag belegten Exemplare derselben und auf Berichtigung des Satzes des beanstandeten Artikels erkannt. Laibach am 30. Jänner 1883.

(615-1) Kundmachung. Nr. 1283.

Die von Dr. Paul Ignaz Reichen errichtete Wächenerziehungs-Stiftung im dormaligen Reinertrage jährlich 44 fl. 10 kr. wird hiemit beauftragt der Wiederbelegung ausgeschrieben.

Zum Genuße dieser Stiftung sind laut Stifftbriefes vom 28. September 1793 vor allen anderen Verwandten des Stiffters und seiner

Ehegattin oder die aus der Fabianischen Familie Abstammenden, in Ermangelung derselben aber arme Mädchen berufen, welche die öffentliche Schule in einem Kloster der Ursulin rinnen oder Klarißinnen besuchen.

Der Stiftungsgenuß dauert bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Das Präsentationsrecht gebührt der hiesigen Advocatenkammer.

Diejenigen, welche sich um diese Stiftung bewerben wollen, haben ihre Gesuche

bis 15. März 1883

bei dieser k. k. Landesregierung zu überreichen und dieselben mit dem Lauscheine, dem Dürftigkeits- und Impfungszugnisse, dann mit den Schulzeugnissen von beiden letzten Semestern und insoweit sie sich auf die Verwandtschaft oder auf die Abstammung aus der Fabianischen Familie berufen, mit einem legalisierten Stammbaume zu belegen.

Laibach am 3. Februar 1883.

Von der k. k. Landesregierung für Krain.

(613) Kundmachung. Nr. 1437.

Auf Grund des § 301 der St. P. O. werden im Jahre 1883 für die erste Schwurgerichtssitzung bei dem k. k. Landesgerichte in Laibach der k. k. Landesgerichtspräsident Anton Gertscher als Vorsitzender des Geschwornengerichtes und der k. k. Oberlandesgerichtsrath Johann Kapreg und der k. k. Landesgerichtsrath Raimund Huber von Orög als dessen Stellvertreter berufen.

Graz am 6. Februar 1883.

Vom k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium.

(600-2) Concursauschreibung. Nr. 72.

Am 20. Februar 1883, vormittags um 10 Uhr, wird in dem Amtsgedäude der k. k. Bezirkshauptmannschaft die Hintangabe eines Erweiterungsbauwes beim Schulhause zu Presser im Auktionswege stattfinden, und werden

- 1.) die Maurerarbeiten f. 2069 fl. 23 kr.
- 2.) die Steinmearbeit um 21 „ 69 „
- 3.) die Zimmermannsarbeit f. Material, Sand- und arbeit um 1282 „ 53 „
- 4.) die Tischlerarbeit um 501 „ 45 „
- 5.) die Spenglerarbeit um 54 „ 65 „
- 6.) die Schlosser- u. Schmiedarbeit um 320 „ 94 „
- 7.) die Anstreicherarbeit um 65 „ 96 „
- 8.) die Glaserarbeit um 62 „ 45 „
- 9.) die Hafnerarbeit um 100 „ — „

zusammen um 4478 fl. 90 kr.

im Auktionswege dem, welcher sich zum größten Nachlasse herbeiläßt, im Auktationswege hintangegeben.

Bis zur Eröffnung der Auktationsverhandlung, welche vom k. k. Bezirksschulrath vorgenommen wird, können auch gehörig versiegelte, mit dem 50 kr. Stempel und dem 10proc. Vadium belegte Offerte beim k. k. Bezirksschulrath eingebracht werden.

Wozu Unternehmungslustige mit dem Beifügen eingeladen werden, daß der Plan und die Auktationsbedingungen täglich während den Amtsstunden eingesehen werden können.

k. k. Bezirksschulrath Laibach, am 6. Februar 1883.

(571-3) Kundmachung.

Vom gefertigten k. k. städt.-beleg. Bezirksgericht wird bekannt gemacht, daß die auf Grundlage der zum Behufe der

Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Brezovica und Log

gepflogenen Erhebungen verfaßten Besitzbogen nebst den berechtigten Verzeichnissen der Liegenschaften, die Copie der Catastralmappe und die über die Erhebungen aufgenommenen Protokolle in der Amtskanzlei vom

30. Jänner l. J.

an durch 14 Tage zu jedermanns Einsicht aufliegen, und daß für den Fall, als Einwendungen gegen die Richtigkeit der Besitzbogen, welche sowohl hiergerichts als auch bei dem Leiter der Erhebungen mündlich oder schriftlich eingebracht werden können, erhoben werden sollten, zur Vornahme der weiteren Erhebungen der 15. Februar l. J., vormittags 9 Uhr, in der Amtskanzlei bestimmt wird.

Zugleich wird den Interessenten bekannt gegeben, daß die Uebertragung der nach § 118 des allgemeinen Grundbuchgesetzes amortisirbaren Forderungen in die neuen Grundbucheinlagen unterbleiben kann, wenn der Verpflichtete noch vor der Verfassung dieser Einlagen darum ansucht, und daß die Verfassung jener Grundbucheinlagen, rückfichtlich deren ein solches Begehren gestellt wird, nicht vor Ablauf von 14 Tagen nach Kundmachung dieses Edictes stattfinden werde.

k. k. städt.-beleg. Bezirksgericht Laibach, am 30. Jänner 1883.

Edict.

Nr. 6059.

Vom k. k. Bezirksgerichte Landstraß werden alle jene Interessenten, welche auf die unten verzeichneten, bereits durch mehr als 30 Jahre in der diesgerichtlichen Depositencasse erliegenden Depositummassen einen Anspruch zu erheben vermehren, aufgefordert, diesen binnen einem Jahre sechs Monaten und drei Tagen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in der „Laibacher Zeitung“ hiergerichts geltend zu machen, widrigens diese Massen für caduc erklärt und für den hohen Staatsschatz eingezogen werden würden.

Post-Nr.	des Hauptbuches		Bezeichnung der Masse	Gegenstand				Anmerkung
	Band	Folio		Silber	B. B. und Scheidemünze	Definitive Obligationen	Prelofen und andere Wertgegenstände	
1	II	319	718	28	57 1/2	—	—	erliegen bei der k. k. Staatsschulden-Tilgungsfonds-Hauptcasse in Wien laut Empfangsbestätigung ddto. 29. Juni 1848, Nr. 312.
2	—	320	719	1	41	—	—	
3	—	321	720	1	41	—	—	
4	—	322	721	—	—	38 1/2	—	
5	—	323	722	—	38 1/2	—	—	
6	—	324	723	18	79 1/2	—	5	
7	—	325	724	1	22 1/2	—	—	
8	—	326	725	1	92 1/2	—	16	
9	—	327	726	4	86 1/2	—	—	
10	—	328	727	—	17	9	—	
11	—	329	728	19	25	— 1/2	—	erliegen ebendort laut Empfangsbestätigung ddto. 26. September 1848, Nr. 1562.
12	—	330	729	3	15	36	79 1/2	
13	—	331	730	7	87 1/2	—	16	
14	—	332	731	4	2 1/2	—	16	
15	—	333	732	10	32 1/2	—	7	
16	—	334	733	1	75	5	28	
17	—	335	734	11	93 1/2	42	12	
18	—	336	735	10	14	—	—	
19	—	337	736	36	64 1/2	—	—	
20	—	338	737	6	22	—	—	
21	—	339	738	9	9	—	—	
22	—	340	739	—	—	—	—	
23	—	341	740	—	—	—	—	
24	—	342	741	—	—	—	—	
25	—	343	742	—	—	—	—	
26	—	344	743	—	—	—	—	
27	—	345	744	—	—	—	—	
28	—	346	745	—	—	—	—	
29	—	347	746	—	—	—	—	
30	—	348	747	—	—	—	—	

k. k. Bezirksgericht Landstraß, am 28. Dezember 1882.